

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. B. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 254

Inseratspreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halver

Montag, den 31. Oktober

Erscheint werktäglich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — Postcheckkonto: Dortmund 2941.

1932

Berufsheer oder Miliz?

Allgemeine Dienstpflicht in ganz Europa?

Der neue französische Plan für die Abrüstungskonferenz.

Der Abschluß der außenpolitischen Aussprache der französischen Kammer, in der Ministerpräsident Herriot den neuen Abrüstungsplan Frankreichs vorlegte, gestaltete sich zu einem vollen Erfolg für die Regierung. Ihr wurde mit 430 gegen 20 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Der französische Vorschlag

für die Genfer Konferenz, dem die Kammer damit ihre Zustimmung gab, hat folgenden Wortlaut:

Frankreich würde zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt die Verallgemeinerung und die Herabsetzung der Militärdienstpflicht für alle Landstreitkräfte in Europa unter folgenden Bedingungen annehmen:

1. Jede Formation, die dieser Organisation der Armeen nicht entspricht, wie die Reichswehr, wird aufgelöst; die innere Polizei „reglementiert“.

2. Die internationale Kontrolle wird organisiert; sie schließt obligatorisch das Untersuchungsrecht ein.

3. Um den Vertrag von Locarno zu ergänzen, soll ein Pakt auf gegenseitige Unterstützung abgeschlossen werden, an dem sich jede europäische Nation beteiligen kann. Die Gesamtstärke der Mächte dieses Paktes würde genügen, jeden Angriff abzuschlagen. Diese (internationalen) Streitkräfte müssen eine feste Staffel nationaler Kontingente umfassen, die genau aufzuführen und daher sofort verfügbar sind, und die über ein ausreichendes Kriegsmaterial verfügen.

4. Die Vereinigten Staaten müssen die Sicherheitsgarantien zugestehen, die sie für sich selbst in Anspruch nehmen.

5. Die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, müssen sich verpflichten, alle Verbindlichkeiten, die sich aus Artikel 16 des Paktes ergeben.

6. Das Kriegswesen muß obligatorisch für alle Staaten sein, die dem Pakt beitreten.

Der deutsche Standpunkt.

Zu der Erklärung Herriots erklärt man an Berliner zuständiger Stelle, man könne sich noch kein abschließendes Bild über die Erklärungen machen. Man könne aber schon jetzt sagen, daß die Rede Herriots insofern sehr interessant sei, als der französische Ministerpräsident zum erstenmal den Standpunkt verlassen habe, daß der

Verfallener Vertrag ein „Rührmichnichtan“

bedeute. Es sei falsch, wenn Herriot das deutsche Gleichberechtigungsverlangen mit einer Forderung auf Abrüstung identifiziere. Was von Deutschland unter keinen Umständen angenommen werden könne, sei, daß nach zweierlei Maß gemessen werde. Darüber vermisse man noch eindeutige klare Ausführungen Herriots. Zu der Behauptung Herriots, daß

die größte Kriegsgefahr in den Berufsarmeen

liege, erklärt man an Berliner zuständiger Stelle, eine solche Berufsarmee könne Deutschland unmöglich zum Vorwurf gemacht werden, da diese Heeresform ihm ja im Versailler Diktat aufgezwungen worden sei. Was die Erklärung Herriots über die Miliz anbetreffe, so könne man sagen, daß Frankreich die Miliz ja als Defensivwaffe auffasse. Es sei also unlogisch, wenn die deutsche Forderung nach einer Miliz als Bedrohung anderer Staaten aufgefaßt werde. Die Ausführungen Herriots seien teils unklar und teils widersprechend.

Wenn Frankreich in Genuß der Aussprache mit Deutschland nicht ausgewichen wäre, hätte man damals schon die ganze Angelegenheit klären können. Für Deutschland sei allein maßgebend, daß alle Abrüstungsmaßnahmen für alle Staaten gleichmäßig gelten müßten.

Es sei auffällig, daß Herriot in seiner Kammererklärung nicht die Frage der Sicherheit in den Vordergrund gestellt habe. Was die Vorschläge Herriots im einzelnen angehe, so müsse man sagen, daß Deutschland nicht alle annehmen könne. Da Herriot aber Verhandlungsmöglichkeit offen gelassen habe, so sei gegen eine eventuelle Aussprache über diese Punkte nichts einzuwenden. Auch über

die internationale Polizeimacht

könne man reden. Sie habe aber nur Zweck, wenn sie so stark sei, daß keine Macht sich dagegen wehren könne. Der bisherige französische Plan sei nicht durchzuführen, da er nur zur Stärkung der starken und zur Schwächung der schwachen Staaten geeignet sei. Herriot habe aber anscheinend nunmehr diesen Standpunkt aufgegeben. Wenn Deutschland in gleichem Maße wie die anderen Staaten an einer solchen Polizeimacht beteiligt würde, so hätte es nichts gegen diese Institution einzuwenden.

Die Schiedsgerichtsbarkeit müsse die Sicherheit dafür bieten, daß auch politische Fragen gerecht und unparteiisch behandelt würden. Zusammenfassend könne man sagen, so unbestimmt die Vorschläge Herriots seien, so sei doch festzustellen, daß die Belange anderer Staaten diesmal in höherem Maße gewahrt würden als bisher.

Eine Erörterung der französischen Vorschläge sei immerhin möglich, Vorbedingung sei selbstverständlich, daß die Gleichberechtigung aller Staaten, also auch die deutsche Gleichberechtigung, gewährleistet sei.

Herriot plant.

Wenn am 3. November von dem Arbeitsausschuß der Abrüstungskonferenz die Vorbereitungen für die zweite Tagungsperiode dieser Konferenz in Angriff genommen werden, dann wird ihm nun der neue französische Sicherheits- und Abrüstungsplan vorgelegt werden. Eine etwas ungewohnt gewordene diplomatische Zurückhaltung hat den Ministerpräsidenten Herriot veranlaßt, seine Pläne vorerst noch nicht in den Einzelheiten mitzuteilen, sondern so lange damit zu warten, bis sie jenem Arbeitsausschuß offiziell vorgelegt sind. Aber Herriot hat andeutend und in großen Zügen über den Plan vor der Deputiertenkammer gesprochen. So daß man zwar ungefähr erfahren hat, um was es sich dabei handelt, im gleichen Augenblick aber eine fast unübersehbare Reihe von Zweifelsfragen auftaucht.

Zimmerhin wirken die Andeutungen Herriots doch so sensationell, gehen grundsätzlich so weit über das bisherige Schwere solcher Vorschläge hinaus, daß Herriot mindestens das eine politische Ziel erreicht hat: dieser französische Plan dürfte die kommenden Beratungen der Abrüstungskonferenz beherrschen. Das Sensationellste dabei ist der Vorschlag, daß in allen Staaten die Berufsarmee verschwinden sollen und durch ein Milizheer mit ganz kurzer Dienstpflicht zu ersetzen sind. Also etwa nach dem Muster der Schweiz. „Hier stößt ich schon...“ möchte man mit „Jaust“ sagen. Dieser Vorschlag Herriots wurde ja auf Deutschland bezogen — und die Reichswehr wird ausdrücklich erwähnt! —, nichts anderes bedeutet, als daß die Versailler Bestimmungen über unsere militärische Rüstung grundsätzlich aufgehoben würden! Daß also eine Abänderung der Versailler Diktats erfolgte solle! Daß also dieses Diktat nicht mehr das Joch mit Waffengewalt und Sanktionen gebührende Kränlein „Rührmichnichtan“ zu bleiben hätte! Ebenso ist es mit dem zweiten Punkt des Vorschlages Herriots: Reorganisation der Polizei. Denn die Organisation der Schupo entspricht haargenau den Bestimmungen von Versailles, und bis 1925 hat die internationalisierte Kontrollkommission ganz offen und genau aufgepaßt, daß wir uns keines Verstoßes schuldig machten. Hernach beforgte man diese Kontrolle mehr im geheimen durch Spione. Uns kann es also nur recht sein, wenn dem Vorschlag Herriots gemäß die Polizei wieder einmal umorganisiert wird, vorausgesetzt aber, daß sich diese Reorganisation auf alle Staaten und ihre Polizei bezieht. Und wenn Herriot des weiteren vorschlägt, daß die Durchführung jener ersten beiden Punkte seines Planes von einer internationalen Kommission kontrolliert und dieser auch das „Investigationsrecht“ zusteht — die „Aus-

spürung“ gemäß § 213 des Versailler Vertrages und laut dem vor unserm Eintritt in den Völkerbund geschaffenen Genfer Protokoll von 1924 —, dann läßt sich deutscherseits über all diese Dinge nur reden gleichfalls unter der Voraussetzung, daß sich solchen Kontrollen alle Staaten gleichmäßig unterwerfen.

Ohne auf die zahlreichen Zweifelsfragen einzugehen, die sich allein schon bei diesen drei Punkten erheben, und ohne darüber Vermutungen auszusprechen, wie sich denn dieser erste Teil des Herriot-Planes, also die Abrüstung selbst, zu dem zweiten verhält, dem man die Überschrift: „Sicherheit“ geben kann, fallen sofort die vielen Voraussetzungen auf, die hier für den Aufbau des Systems der Schiedsgerichtsbarkeit gemacht werden. Daß diese Schiedsgerichtsbarkeit ganz Europa zu umfassen hätte und außerdem obligatorisch sein müßte, steht bereits im Völkerbundpakt, hat aber schon ein paarmal — zuletzt im japanisch-chinesischen Konflikt — einen recht erheblichen Schiffbruch erlitten. Weitere Voraussetzung wäre eine Garantie Amerikas für den großen Europa-Pakt, — und ob diese zu erzielen ist, bleibt trotz entgegenkommender Erklärungen Hoover's zweifelhaft, weil dessen Präsidentschaft selbst — recht zweifelhaft geworden ist. Siegt der demokratische Gegenkandidat, so läßt sich nicht sagen, wie er nach seinem Amtsantritt im nächsten Jahr sich entscheiden wird, auch wenn ein Demokrat, Präsident Wilson, es gewesen ist, der den Versailler Vertrag unterschrieb, aber dafür dann nicht die Zustimmung des Kongresses in Washington fand.

„Ergänzung des Locarno-Vertrages“ durch die Schaffung eines „regionalen Abkommens zur gegenseitigen Unterstützung“ — nennen wir das: „Europa-Pakt“ — und durch eine militärisch derartig starke Sicherung, daß „sie jeden Angriff verhindert“, sind Mitteilungen und Vorschläge so unbestimmter Art, lassen soviel Fragen und Zweifel, Vermutungen und Befürchtungen zu, daß man auch hierfür noch auf Einzelheiten warten muß. Aber gerade dort steckt der Kern des zweiten Teiles der französischen Vorschläge und es dürfte sich dabei um einen Pakt handeln, der einerseits eine „Nichtangriffs-“, andererseits eine „Hilfeleistungs“-Verpflichtung enthält. Das geht schon aus dem weiteren Verlangen des Herriot-Planes hervor, die Mitglieder des Völkerbundes müßten sich verpflichten, die Bedingungen des Artikels 16 des Völkerbundpaktes zu erfüllen; das würde heißen, daß z. B. auch das militärisch ungerüstete Deutschland die vom Völkerbund gegen irgendein den Frieden brechendes Land beschlossenen „Sanktionen“ mitzumachen hätte, was uns unter Umständen sehr übel bekommen könnte! Zweifellos nimmt der Plan aber auch den alten Gedanken einer internationalen Lustpolizei auf, für die Frankreich das stärkste Kontingent zu stellen äußerst gern bereit wäre!

Wir Deutsche würden den Plan Herriots mit geringerem Mißtrauen beurteilen, wenn der französische Ministerpräsident ihn nicht eingeleitet hätte mit einer Unzahl scharf gegen Deutschland gerichteter Wendungen. Auch ist der Gegensatz recht pittoresk: Am gleichen Tage, als Herriot seinen „Abrüstungsplan“ im Obersten Rat für die nationale Verteidigung Frankreichs durchgebracht hatte, beschloß der Ministerrat die sofortige Kielelegung und den schnellstmöglichen Bau eines starken — Panzerkreuzers! Das war sozusagen der Auftakt der von Herriot vorzuschlagenden „Abrüstung“.

Der Empfang bei Hindenburg.

Noch keine Einigung Reich-Preußen.

Reichspräsident von Hindenburg hat am Sonnabend im Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den preussischen Ministerpräsidenten Braun empfangen. Der Empfang dauerte etwa eine Stunde. Amtlich wird hierüber folgende Mitteilung ausgegeben:

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonnabend Reichskanzler von Papen und den preussischen Ministerpräsidenten Braun zur Aussprache über die durch das Urteil des Staatsgerichtshofs geschaffene Lage. Der Reichspräsident führte einleitend aus, daß der Streit zwischen Reich und Preußen über die Verordnung vom 20. Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofs erledigt sei und daß er und die Reichsregierung sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellten. Es müsse beiderseits der loyale Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen, die einerseits die dem preussischen Staatsministerium zuerkannten Rechte berücksichtige, andererseits die Befugnisse des Reichskommissars und die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichspolitik wahre.

Ministerpräsident Braun erwiderte, daß das preussische Kabinett sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gab daraufhin eine Darlegung seiner Auffassung von den Folgerungen, die aus dem Urteil zu ziehen seien. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingeseht werden. Die Befugnisse des Reichskommissars sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Über die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung stattfinden.

Reichskanzler von Papen erklärte zunächst, daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt habe, und daß nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Maßnahmen geführt hätten. Er legte dann seine

Auffassung der Lage dar und betonte, daß der Reichskommissar sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern weiterhin die gesamte Exekution einheitlich in der Hand behalten müsse. Daraus ergebe sich ohne weiteres die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der preussischen Verwaltung durchzuführen und damit eine spätere endgültige Regelung dieser Frage durch die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten. Personelle Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden. Der Reichskommissar werde der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die ihr zuerkannten Rechte auszuüben, Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichskommissars aber nicht dulden.

Der preussische Ministerpräsident betonte, daß er demgegenüber auf seinem eingangs dargelegten Standpunkt verharre und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verständigung mit der preussischen Staatsregierung widerspreche. Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.

Im Laufe der Besprechung hob der Reichspräsident hervor, daß es zur Wiederherstellung gefestigter Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reiches in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reiches in einheitlicher Bahn zu führen.

Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß über die Ausübung der Rechte, die der preussischen Staatsregierung nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs zustünden, eine Verständigung erzielt werden müsse. Es wurde vereinbart, daß hierüber weitere Verbindungen zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Reichskommissar aufrechterhalten werden sollen.

Der Wortlaut der amtlichen Verlautbarung erfolgte im Einvernehmen mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun durch Vermittlung des Ministerialdirektors Brecht. Diese Tatsache ist wichtig, weil nach der Verlautbarung Brauns die Zuständigkeit des Reichskommissars für die nun vorgenommene Verwaltungsreform in der Ministerinstanz nicht angezweifelt, sondern nur der Reform als solcher widersprochen hat.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Das Reformprogramm für Preußen ist jetzt von amtlicher Seite veröffentlicht worden.
* Ein Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums, der dem Reichspräsidenten zugewiesen worden ist, beschäftigt sich mit der geplanten Neugestaltung Preußens.
* Der neue französische Plan für die Abrüstungskonferenz wird von unterrichteter deutscher Stelle als bedingungsweise geeignete Verhandlungsgrundlage erklärt.

Eine Erklärung Brauns.

Zu der Verordnung des Reichskommissariats für Preußen über die Auflösung des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt usw. wird von Seiten des preußischen Staatsministeriums Brauns eine Erklärung veröffentlicht. In ihr heißt es, daß auch die frühere Regierung beabsichtigt habe, eine Verringerung der Zahl der preußischen Ministerien vorzunehmen. An der Durchführung dieses Planes sei sie aber durch die Einsetzung des Reichskommissariats verhindert worden. Die jetzige Verordnung des Reichskommissariats sei ohne Fühlungnahme mit der Staatsregierung erlassen worden, da die betreffende Nummer der preußischen Gesetzesammlung zur gleichen Zeit ausgedruckt worden sei, in der die Unterhaltung zwischen dem Reichkanzler und Brauns beim Reichspräsidenten stattgefunden habe. In der Erklärung wird nun behauptet, die Reichsregierung habe mit diesem Verhalten die vom Staatsgerichtshof ausdrücklich geäußerte lobende Zusammenarbeit mit der Staatsregierung außer acht gelassen und auch in „ein unveräußerliches Hoheitsrecht“ der alten Preußenregierung eingegriffen. Schließlich wird erklärt, es sei unzulässig, daß die Verwaltungsverordnung auf Grund der Dietramszeller Notverordnung erlassen worden sei, denn letztere gebe nicht dem Reichskommissar, sondern der Landesregierung das Recht, Notverordnungen zu erlassen.

Die Ernennung der neuen Reichskommissare.

Die allgemein für Sonnabend erwartete Ernennung von zwei Reichsministern ohne Geschäftsbereich und einer neuen kommissarischen Preußenregierung ist noch nicht erfolgt, weil die Verhandlungen mit zwei für die Leitung preussischer Ministerien in Aussicht genommenen Persönlichkeiten noch nicht zum Abschluß gekommen sind und die Ernennungen in einem Zuge erfolgen sollen. Man hofft jedoch, die Verhandlungen am Sonntag zu Ende zu führen, so daß am Montag voraussichtlich folgende Ernennungen bzw. Beauftragungen zu erwarten sind:
Zu Reichsminister ohne Geschäftsbereich: Dr. Bracht und Staatssekretär a. D. Dr. Popitz. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte als preussische Minister drei Reichsminister, und zwar Inneres: Reichsminister Dr. Bracht; Finanzen: Reichsminister Dr. Popitz; Landwirtschaft: Reichsminister Dr. Popitz; Ferner: Wirtschaft und Arbeit: Staatssekretär Dr. Ernst; Kultus: Universitätsprofessor Dr. Kaehler-Greifswald (?); Justiz: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Anz-Kassel (?).

Die Umbildung der preuß. Verwaltung.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931, der sogenannten Dietramszeller Notverordnung, die schon unter Brüning eine große Rolle spielte, hat jetzt der Reichskommissar für Preußen die „Verordnung zur Vereinfachung und zur Verbildung der preussischen Verwaltung“ erlassen. Die Verordnung besteht aus 14 Paragraphen. Der wichtigste ist der § 2, der die Zahl der Ministerien festsetzt; er lautet:
Es bestehen folgende Fachministerien: 1. das Ministerium des Innern, 2. das Finanzministerium, 3. das Justizministerium, 4. das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 5. das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, 6. das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Das Ministerium für Volkswohlfahrt wird aufgehoben.

Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministerpräsidenten bleiben unberührt.
Neu ist das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit. In den folgenden Paragraphen wird festgelegt, in welcher Weise die Arbeiten der einzelnen Ministerien künftig verteilt werden. Die Aufgaben des aufgelösten Volkswohlfahrtsministeriums übernehmen die Ministerien für Landwirtschaft, für Wirtschaft und Arbeit, für Wissenschaft und Volksbildung, das Finanzministerium und das Innenministerium. Dann werden auch die Aufgaben der anderen Ministerien neuverteilt. Wichtig ist noch der § 12, der folgendes bestimmt:
Weitere Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbildung der Verwaltung, die sich aus einer Neuabgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reichsverwaltung und preussischer Verwaltung ergeben, bleiben besonderer Regelung vorbehalten.
Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1932 in Kraft.

Kurze politische Nachrichten.

Ein Bankenkonzern unter Führung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) hat Preußen einen Kredit von 100 Millionen Mark eingeräumt. Es handelt sich dabei um einen der üblichen kurzfristigen Kassenkredite zur Überbrückung des Ultimos.

Reichskanzler von Papen wird der badischen Regierung am Sonnabend, den 19. November, einen Besuch abstatten. Im Anschluß an diesen Besuch wird sich der Reichskanzler nach Mannheim begeben, um dort der Einweihung der neuen Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen beizupohnen.

Parteienwechsel.

Gouverneur z. D. Dr. Schnee, früherer Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, der als Mitglied der Völkerverbundkommission in Ostasien war, hat seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt mit der Begründung, daß er für eine Zusammenfassung aller nationalen Kräfte sei. Graf Nikolaus Valsek, ein bekanntes Mitglied des oberösterreichischen Zentrums, ist aus seiner Partei ausgeschieden mit der Erklärung, daß er den Kurs seiner Partei gegen die Regierung v. Papen nicht mitmachen könne.

Die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

In dem Redekampf zwischen dem Landesinspektoren der NSDAP, Rust, und dem Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Oberstleutnant a. D. von Feldmann, in Hannover wurde von Feldmann ein in diesen Tagen auf Anfrage an ihn gerichteter Schreiben des Reichskanzlers von Papen zur Verlesung gebracht, in dem die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler geschildert wird. In dem Brief heißt es: „Der Herr Reichspräsident hat Herrn Hitler gefragt, ob er sich gemäß seinem ihm früher gegebenen Versprechen nun an der Reichsregierung beteiligen wolle. Herr Hitler hat darauf erwidert: Nur wenn ich die Führung bekomme. Der Herr Reichspräsident hat dann in einer längeren Ausführung auseinandergesetzt, aus welchen Gründen er nicht gewillt sei, ihm die Führung zu geben. Ich habe dann ausgeführt, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, die nationalen Kräfte des Landes zu einen, und daß das von mir an Herrn Hitler gerichtete Angebot, der Nationalsozialistischen Partei einen entscheidenden Einfluß im Reich und in Preußen sichern werde. Diese Ausführungen vermochten aber keine Änderung der Auffassung des Herrn Hitler zu erzielen. Ich darf noch hinzufügen, daß Herr Hitler den Wunsch geäußert hatte, nicht vom Herrn Reichspräsidenten empfangen zu werden, wenn es feststünde, daß er nicht mit dem Kanzleramt betraut werden solle. Ich habe Herrn Hitler darauf erwidert, daß der Herr Reichspräsident allein über die Kanzlerschaft zu entscheiden habe und daß er diese Entscheidung aus den Händen des Herrn Reichspräsidenten entgegennehmen müsse.“



Der neue preussische Kultusminister.

Durch die Reformmaßnahmen des Reichskommissariats in Preußen ist der frühere deutschnationale Abgeordnete Professor Kaehler in Greifswald mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Kultusministers ernannt worden.

Bayern an den Reichspräsidenten.

Zur Neugestaltung Preußens.
Amtlich wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis geleitet:
Der Ministerrat hat sich soeben auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Neugestaltung Preußens befaßt. Nach seiner Überzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reiche und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet werde. Der Ministerrat bittet daher den Herrn Reichspräsidenten, seine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.

Die Antwort Hindenburgs an Bayern.

Auf das Telegramm der bayerischen Regierung hat der Reichspräsident dem Reichskanzler Auftrag gegeben, der bayerischen Regierung mitzuteilen, daß ihre Wünsche von falschen Voraussetzungen ausgingen. Die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung hielten sich durchaus im Rahmen der Aufgaben, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes dem Reichskommissar zugewiesen worden sind.

All Heil!

Keine Besteuerung der Fahrräder.

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß sich ein „Konsortium zur Förderung der Radfahrinteressen“ bei der Reichsregierung für die Einführung eines Nummernschildes, einer Zwangsversicherung gegen Haftpflicht, eines Ursprungszeugnisses und einer Verwaltungsgebühr eingesetzt habe.

Der Reichsverkehrsminister teilt mit, daß er derartige Bestrebungen nicht unterstützen werde, da deren Verwirklichung eine viel zu große Belastung weiter, auf das Fahrrad angewiesener Volkskreise mit sich bringen würde. Erst 1922 sei zur Erleichterung des Fahrradverkehrs die Radfahrkarte abgeschafft worden.

Kirche und Siedlung.

Die wichtigen Aufgaben kirchlicher Organe.

Von der Arbeitsgemeinschaft des Evangelischen Siedlungsdienstes, die beim kirchlich-sozialen Kongreß zusammentrat, wurde folgende Entschliessung zur Frage der Siedlung gefaßt:

Siedlung als Volkbauernsiedlung, Anliegersiedlung, Nebenerwerbs-Siedlung, Landsiedlung ist aus nationalen, wirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und ethischen Gründen notwendig, daher zielbewußt und planmäßig so weit wie möglich zu fördern. Daneben ist die Gewinnung von für Siedlung geeignetem Kolonialland von größter Wichtigkeit; Beachtung zu schenken ist auch der Siedlung in nichtdeutschen Gebieten. Oberster Grundsatz muß sein, die Siedlung auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Im einzelnen sind erforderlich ein möglichst einfaches Siedlungsverfahren durch Ausschaltung überflüssiger Zwischeninstanzen. An Boden ist bereitzustellen jeder feither ungenügend oder unwirtschaftlich genutzte Boden, soweit er nicht zur Erhaltung erforderlicher Groß- oder Mutterbetriebe nötig ist; ferner, soweit möglich, Boden, der zu einer besseren Kultur sich eignet, z. B. Siedland und erforderlichenfalls auch Waldboden. Von besonderer Wichtigkeit ist eine sorgfältige Auswahl und fachkundige

Anleitung und Beratung der Siedler. Bildung von landmannschaftlich und konfessionell zusammengehörigen Siedlergruppen ist anzustreben. Schon bei der Auswahl der Siedler, sodann bei ihrer kirchlichen und kulturellen Versorgung haben kirchliche Organe und freie christliche Verbände wichtige Aufgaben.

Deutsch-polnischer Grenzzwischenfall.

Schmuggler auf deutschem Gebiet erschossen.

Nach einer Mitteilung der Pressestelle des Polizeipräsidiums Gleiwitz wurde nachts im Grenzabschnitt Hindenburg-Zaborze unweit der Grenzübergangsstelle Pleßische Straße ein polnischer Staatsangehöriger (Schmuggler) aus Paulsdorf (Ostoberschlesien) auf deutschem Gebiet einige Meter von der Grenze entfernt von einem polnischen Grenzbeamten durch einen Karabinerschuß getötet. Der Erschossene lag am deutschen Ufer des Scharnastabaches. Nach Aussagen des Begleiters des Erschossenen lagen beide auf dem deutschen Ufer der Scharnastabes, um einen günstigen Augenblick zum Überschreiten der Grenze abzuwarten. Diese Absicht gaben sie jedoch auf, weil sich ein polnischer Grenzbeamter auf dem polnischen Ufer des Grenzabaches niederließ. Da sie sich beobachtet fühlten, entfernten sie sich. Der polnische Beamte setzte ihnen auf deutschem Gebiet nach, stellte sie dort und gab den tödlichen Schuß ab. Der Begleiter des Erschossenen konnte entkommen.

Das neue Prager Kabinett.

Die tschechische Regierungskrise hat ein schnelles Ende genommen. Die Befürchtung, daß eine Beamtenregierung die Gehälter noch stärker herabsetzen werde als geplant ist, hat die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten zum Nachgeben veranlaßt. Der tschechische agrarische Abgeordnete Malypetr ist vom Präsidenten Masaryk zum Ministerpräsidenten der neuen Regierung ernannt worden. Die wichtigsten Männer in der neuen Regierung, die bereits vereinbart wurden, sind: Cerny (Inneres), Benesch (Außeres), Trapl (Finanzen) und Landesverteidigung Bradatsch.

Herriots neuer Plan.

Deutschland soll erneut die Osgrenze garantieren.

Der Führer der amerikanischen Abrüstungsabordnung, Norman Davis, hatte in Paris eine mehrstündige Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot über den französischen Abrüstungsplan. Auch mit dem französischen Kriegsminister Paul-Boncour hatte Davis eine längere Aussprache. Im Anschluß an seine Unterredung mit Norman Davis empfing Herriot die französische Presse. Er wies darauf hin, daß die Forderung, daß Deutschland und Polen einen Regionalvertrag abschließen, der über Locarno noch hinausgeht, von der französischen Regierung aufrechterhalten werde. Der Öffentlichkeit wurde ferner ein neuer Punkt des französischen Abrüstungsplanes bekanntgegeben, der die Kolonial- und Überseetruppen betrifft. Er hat folgenden Wortlaut: „Die Nationen, die die Verantwortung für überseeische Gebiete tragen, behalten die Verfügung über spezialisierte Streitkräfte.“

Finnland tritt der Osloer Zollkonvention bei.

Die finnische Regierung hat sich entschlossen, der Osloer Zollkonvention beizutreten. Bisher sind außer den drei skandinavischen Ländern noch Holland, Belgien und Luxemburg an die Konvention angeschlossen, in der sich die Teilnehmer verpflichtet haben, nur unter bestimmten Voraussetzungen die Zollsätze zu erhöhen. Die Osloer Konvention hat auch für Deutschland handelspolitisch große Bedeutung.

Königsberger Nationalsozialisten vor dem Sondergericht.

Unter der Anklage der Brandstiftung.

In Königsberg i. Pr. begann vor dem Sondergericht eine Verhandlung gegen neunzehn Nationalsozialisten, die der Teilnahme an den überfällen und Brandstiftungen am 1. August, dem Tage nach der Reichstagswahl, beschuldigt werden. Die Verteidigung der Angeklagten hatte neben einem Königsberger Rechtsanwalt der Reichstagsabgeordnete Frank II (München) übernommen.

Die Anklagen, die im Alter von 18 bis 23 Jahren stehen, erklärten bei ihrer Vernehmung, daß sie zur Sache selbst nichts zu sagen hätten. Der Vorsitzende ließ dann zur Weisaufnahme die protokollierten Aussagen verlesen, die vor der Polizei gemacht worden sind und als Geständnisse gelten. Rechtsanwalt Frank II führte aus, er sei von den Angeklagten beauftragt worden, zu erklären, daß sie in ihren protokollierten Aussagen alles andere saßen als ein Geständnis. Sie seien der Meinung, daß sie sich in gar keiner Weise gegen die Strafgesehe veranlassen hätten.
Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, einen Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und drei weitere Angeklagte zu je fünf Monaten Gefängnis. Alle anderen wurden freigesprochen.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 31. Oktober 1932.

Reformationsfest.

Auf der Scheide von Herbst und Winter steht das Reformationsfest, ein Tag evangelischen Bekenntnisses, der Gewissensforschung. Jeder Gläubige, sei er Protestant oder Katholik, muß sich immer wieder prüfen, ob er in seinem praktischen Leben, im Alltag wirklich immer fest auf dem Boden seines Glaubens, seines Gelübdes gestanden hat. Es ist in den letzten Jahren oft davon die Rede gewesen, daß sich die Christlich-Gläubigen, diejenigen die Zugehörigkeit zu einer Glaubengemeinschaft christlichen Bekenntnisses nicht nur eine Form, sondern eine Herzenssache ist, mehr als es bisher der Fall gewesen ist, in der Vertiefung der christlichen Kirche zusammenfinden sollten. Bewegungen der verschiedensten Art haben stärker denn je ihren Einfluß dahin geltend zu machen versucht, als sei die Kirche eine überlebte Erscheinung, als sei der christliche Glaube eine längst überwundene Angelegenheit. Am Reformationsfest bekennen sich die evangelischen Christen erneut und mit Stolz zu ihrer Kirche, zu ihrem christlichen Glauben. Wenn die Natur sich ansieht, zur Ruhe zu gehen, wenn ein großes Sterben draußen alle Schönheiten des Sommers auslöscht, dann stärkt sich bei den Christen der unüberwindliche Glaube, daß es für die Seele des Menschen ebenso wenig einen ewigen Tod gibt wie in der Natur. Was heute stirbt, wird mit dem wiederkehrenden Frühling zu neuem Leben erstehen. Kirche und Christentum, werden nicht vergehen, so lange noch die menschliche Seele nach

Die Reformpläne der Reichsregierung.

Änderung des Wahlalters. — Zustimmung für Familienväter und Kriegsteilnehmer.

Auf einem Herrenabend des Vereins Berliner Presse, zu dem zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft erschienen waren, sprach der Reichsinnenminister Hr. v. Gahl über die Pläne der Reichsregierung zur Verfassungsreform. Am stärksten beachtet wurden seine Ausführungen über das Wahlrecht, wozu er erklärte:

Wir halten es aber für richtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufzusetzen und den selbständigen Familienvätern, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zustimmung zu gewähren, welche die Bedeutung der Familienernährer für unser Volk unterstreicht und den Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlandes zum Ausdruck bringt. Weitere Mängel, wie das Auftreten kleinster Splitterparteien und die Auswüchse des Listenwahlrechts, sollen bei dieser Gelegenheit beseitigt werden. Im übrigen führte v. Gahl aus: Wir haben uns entschlossen, einen eigenen Weg zu gehen. Auch wäre es völlig abwegig, ausländische Vorbilder auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Grundstürzende Neuerungen werden unterbleiben. Das gilt unter anderen Punkten besonders für die Staatsform. Das gilt auch von dem Gedanken des Einheitsstaates. Wer den Versuch gemacht hat, sich ernsthaft in die Geschichte unseres Volkes zu vertiefen, der lehnt trotz Würdigung aller offensiblen Vorteile eines Einheitsstaates und trotz der Erfahrungen aus neuester Zeit diesen Gedanken ab

und bekennt sich zu dem Bundesstaat.

Es steht heute schon fest, daß kein deutsches Land gegen seinen Willen seiner Eigenstaatlichkeit beraubt und einem größeren Reichsgliede zugeteilt werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Neueinteilung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt.

Es ist aber eine durch die Erfahrungen langer Jahre erhärtete Tatsache, daß die bisherige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen dringend der Neuordnung bedarf. Preußen umfaßt drei Fünftel des Reichs. In seiner Hauptstadt regieren Reich und Staat nebeneinander und zeitweilig auch in Lebensfragen der Gesamtnation gegeneinander. Dieser Zustand ist unhaltbar.

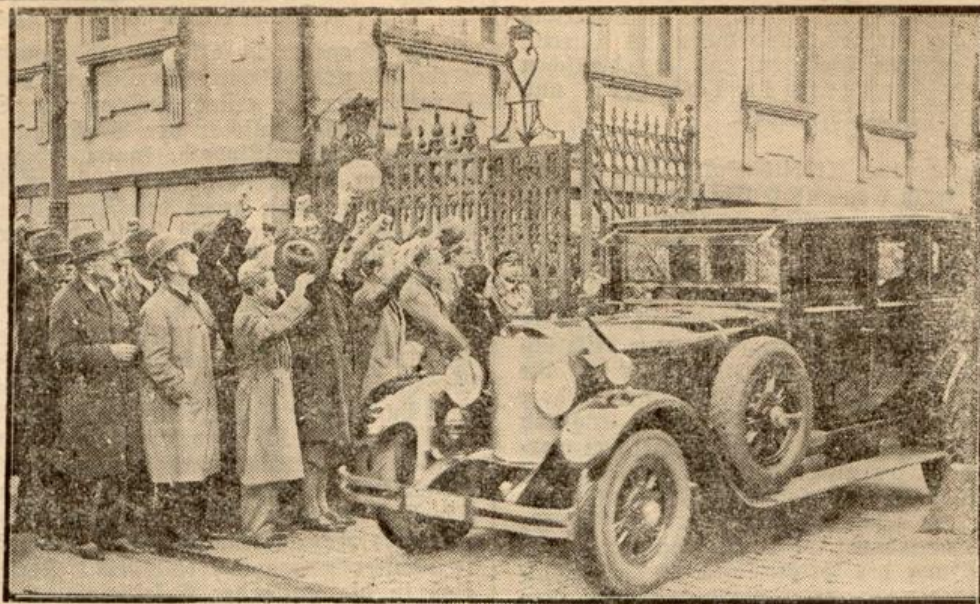
Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreichs soll die Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angetastet werden, als es das Reichsinteresse erfordert, daß ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten verlangt.

Hr. v. Gahl befaßte sich sodann mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs in Leipzig und betonte, daß das Urteil selbst darauf hinweise, daß der Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen die Maßregeln treffen kann, die zur Erzielung einer einheitlichen Politik im Reich und in Preußen als notwendig erscheinen. Preußen soll als einziges deutsches Land

in ein engeres Verhältnis zum Reich

treten. Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschaltet, sondern so organisiert werden, daß Meinungsverschiedenheiten einen brauchbaren Ausgleich von Kabinett zu Kabinett finden können.

Die Entwicklung seit Weimar hat praktisch zu einer übertriebenen Zentralisation vieler Verwaltungszweige in Berlin geführt und damit Entscheidungen an die falsche Stelle gelegt. Notwendig ist eine starke Verlagerung der Aufgaben auf Länder und Gemeinden mit dem Ziele, daß Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbständig übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mußten.



Vom Besuch Otto Brauns bei Hindenburg
Der preußische Ministerpräsident Otto Braun wird nach seinem Besuch beim Reichspräsidenten von Hindenburg von der wartenden Menge begrüßt.

Schließlich ein Wort zu der eigentlichen Verwerden mußten. Schließlich ein Wort zu der eigentlichen Verfassungsreform.

Wir würden unsere Pflicht gröblich verletzen, wenn wir die Verfassungsreform unter dem Gesichtspunkt einseitiger Vertretung von Standesinteressen oder Berufs- und Wirtschaftszweigen führen wollten. Aber wir sehen den ersten Mangel in einem überfüllten Parlamentarismus.

Gegen Zufallsmehrheiten muß eine Sicherung eingebaut werden. Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrats oder im Einbau einer beruflichen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen. Jeder Versuch, auf längere Sicht in Deutschland etwas zu schaffen, ist bisher an dem ständigen Wechsel der Regierungen gescheitert. Deswegen müssen durch

Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung Bestimmungen eingebaut und der Gedanke einer gesicherten, vom Parteigetriebe unabhängigen Regierungsgewalt durchgesetzt werden.

Posadowsky-Ehrung im Rundfunk.

Im Rundfunk sprach der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Grieser, Worte des Gedankens an den vor wenigen Tagen gestorbenen Grafen von Posadowsky-Wehner. Der Redner zeichnete den Hörern ein lebendiges Bild des unermüdbaren Sachwalters des Reichsamtes des Innern. U. a. führte Dr. Grieser folgende bezeichnende Bekenntnisse Posadowskys an: Im Jahre 1897 sagte der Graf im Reichstag: „Ich stehe auf dem Standpunkt, wenn die Sozialdemokratie mit Erfolg in den Kampf gegen die bestehenden Klassen führen wollen, dann werden sie auch zu manchen Opfern bereit sein, und jetzt mehr denn je darauf achten müssen, die arbeitenden Klassen billig und gerecht zu behandeln.“ Und ein anderes Bekenntnis: „Die Kultur eines Volkes ist nicht nach dem Lebensstande der oberen Klassen, sondern nach den Daseinsbedingungen der unteren Klassen zu beurteilen. Auf diese Auffassung ist unsere staatliche Sozialpolitik aufgebaut.“ Posadowsky setzte in der Sozialpolitik behutsam einen

Schritt vor den anderen, um tragfähigen Boden zu behalten. Seine letzte Rede im Reichstag, im Juni 1926, zeugte gerade hiervon: „Der Gedanke, mit der Sozialpolitik ein Ende zu machen, wäre ungefähr dasselbe, als wenn man erklären wollte, man mache mit der Handelspolitik ein Ende.“

AM HÖRER DER ZEIT.

Politische Zwischenspiele.

Fast gleichzeitig mit den Wahlen zum neuen Reichstag werden in Amerika die Wahlen zum Repräsentantenhaus und die Nürung des neuen Präsidenten stattfinden. Nur zwei Tage später als in Deutschland werden die amerikanischen Wähler an die Urne gerufen, um ihr politisches Votum abzugeben. Es ist daher ganz natürlich, wenn auch in Amerika jetzt heftig um die Gunst der Wähler gerungen wird. Allerdings spielen bei dem Wahlkampf in Amerika nicht so sehr weltanschauliche Fragen eine Rolle wie in Deutschland. Dort geht es vielmehr um Nuancen, um Kleinigkeiten. Raß oder trocken? Das ist in diesem Wahlkampf wieder einer der hauptfachlichsten Streitpunkte, um den schon bei den letzten Wahlen vor vier Jahren gerungen worden ist. Damals fiel der Sieg Hoover, dem Verfechter der hundertprozentigen Trockenheit, zu. Die Stimmung der Wähler soll aber diesmal, wenn man den Zeitungsberichten aus Amerika glauben darf, scharf umgeschlagen sein; und Hoovers Gegenkandidat Roosevelt, der für eine gemäßigtere Auffassung des Alkohols eintritt, soll im Vordergrund des politischen Wettrennens liegen. In Amerika werden gern Wetten aufgelegt, sei es bei Rennen, sei es bei großen Veranstaltungen in der Vorkampfarena, sei es schließlich in der Politik. Die Ausfischen Hoovers gegenüber seinem Gegner Roosevelt schätzt man allgemein 1:3, d. h. Roosevelt hat dreimal so große Aussichten, an die Spitze des nordamerikanischen Bundes zu treten wie Hoover. Man ist allgemein der Ansicht, daß mit der Wahl Roosevelts zum Präsidenten von Nordamerika auch die Herrschaft der Gangster, der Alkoholschmuggler, ihr Ende finden wird. Man wird den Genuß

Das Hülloch bei Halver

von Waldemar Kütter, Hagen.

(Mitglied des Hauptverbandes deutscher Höhlenforscher in Berlin.)

3. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Betrachtet man zum Beispiel folgendes: Am Ostende der Höhle zieht sich in über 30 Meter Länge eine Verkürzungsstrecke hin, die langsam aufsteigend gegen ihr Ende zu nach Nordwesten umbiegt. Ist es Zufall, daß sich über dieser Einbruchsstelle genau auf der Erdoberfläche eine Spalte hinzieht, die genau nach denselben Längenausmaßen endet, ja sogar auch einmal unterbrochen ist, wo in der Höhle die Strecke wieder eine feste Decke über sich hat? Daß hier Zusammenhänge irgendwelcher Art bestehen, ist klar! Welcher Art diese aber sind, konnten wir bisher noch nicht einwandfrei genau feststellen. Herr Jung äußerte, es könne sich hier doch auch um folgenden Vorgang handeln, es brauchen gar keine Dolinen zu sein; die Kalkbank, in der die Höhle liegt, hat nicht bis zur Erdoberfläche aus natürlichen Gründen gereicht. Ueber dieser Kalkschicht, von der unteren durch eine Schieferungslagerung getrennt, lag eine weitere, dünnere, schon mit der paritätischen Abtragung dezimierte Kalksteinschicht. Diese ist nun durch Wind und Wetter ausgedünnt, hat diese Höcker und Mulden gebildet. Dies mag alles etwas für sich haben, eine Frage bleibt dann aber auch hier wieder ungelöst: warum ist die obere dünne Kalkbank nur an den Stellen ausgelaugt, unter denen sich in der Erde keine Hohlräume befinden und warum sind die Stellen als Höhen stehengeblieben, unter denen sich Gänge befinden? Wie man sieht, ist diese Frage schwer, wenn nicht gar überhaupt nicht zu lösen. Jeder Lösungsversuch hat etwas für sich, jede Vermutung birgt aber wieder jebiel Unwahrscheinlichkeiten, daß man kein Ergebnis als endgültig befriedigendes ansehen darf. Hoffentlich gelingt die Klärung dieser Zusammenhänge recht bald in der nächsten Zeit. Ergänzend füge ich hier noch gleich hinzu, daß sich im Osten und Norden, wo sich keine Höhlenräume mehr unter der Erde befinden, keine Mulden und Sättel der angegebenen Art befinden, sondern sich wie abgeschnitten der Waldboden eben fortsetzt.

Tropfsteinvorkommen.

Ein charakteristisches Kennzeichen aller Kalkhöhlen ist ohne Zweifel der Tropfstein. Es ist der Stein, der durch den Tropfenfall des Wassers entstanden ist, eine Mineralbildung von zylindrischer, zapfenförmiger, teilweise auch kammförmiger Gestalt (Gardinen, Vorhänge), die häufig hohl ist. Das Mineral besteht gewöhnlich aus kohlensaurem

Kalzium, CaCO_3 , Kalkspat, seltener Aragonit, doch kommen auch Vitriole, Brauneisenstein, Galmey, Zinkblüte, Malachit und selbstverständlich auch Eis als Tropfsteinbildung vor. Wir haben es im Hülloch nur mit dem hexagonal kristallisierenden Kalkspat zu tun. (Rhombeder oder sechsseitige Säulen.)

Zu dem Lösungsvermögen des Wassers in Bezug auf die Tropfsteinbildung sei vorausgeschickt, daß ein Liter reines Wasser 0,02 Gramm kohlensaures Kalzium löst. (Dagegen zum Vergleich 2 Gramm Gips.) Das kohlensäurehaltige Wasser ($\text{H}_2\text{O} + \text{CO}_2 = \text{H}_2\text{CO}_3$) verbindet sich bei dem Tropfsteinbildenden Vorgang mit dem normalen CaCO_3 zu Kalziumbicarbonat (CaHCO_3). Derselbe Vorgang spielt sich auch bei der Verwitterung sämtlicher Formen von Kalziumkarbonat und -silikat unter dem Einfluß des Regens und des in der Luft vorhandenen Kohlendioxids ab. Das nun entstandene Salz (CaHCO_3) ist in festem Zustand nicht bekannt und auch in wässriger Lösung zerfällt es leicht wieder in Kohlendioxid, Wasser und Kalziumkarbonat. $\text{H}_2\text{O} + \text{CO}_2 + \text{CaHCO}_3 = \text{CaCO}_3$. Auf diesem Vorgang beruht die Bildung des Tropfsteins. Der mit mehr oder weniger Kalziumkarbonat beladene Wassertropfen gelangt durch das Gestein an die Höhlendecke. Herrscht großer Luftzug in der Höhle, so verdunstet der Tropfen schnell und der Rückstand wächst allmählich von oben nach unten. Dies führt zur Bildung der zapfenartigen Stalaktiten. Das Wasser an der Decke gibt aber, wenn es an die Luft tritt, einen kleinen Teil seiner Kohlensäure ab, die Lösungsfähigkeit wird also geringer, führt zur Abhebung von etwas Kalkfinter, durch andere nachdrängende Tropfen getrieben, fällt das Wasser nun auf den Boden und hierbei steigt durch den Fall durch die Luft und das Aufschlagen auf den Boden die Kohlenstoffabgabe und Verdunstung, was zu einem größeren Kalkanfall in Form von Stalagmiten auf dem Boden führt. Der Rückstand am Boden wächst aus den eben angeführten Gründen schneller als der Zapfen an der Decke. Beide Gebilde vereinigen sich nach langer Dauer des Vorganges zu einer in einem Gebilde in Form einer Sanduhr, später zur Säule. Von diesen wird eine größere Anzahl im Volksmunde „Orgel“ genannt. Durch diese schönen Naturgebilde sind die Ausflugshöhlen des Sauerlandes, des Harzes und der Krain berühmt geworden.

Dieser herrlichste Schmuck der Höhlen fehlt im Hülloch nirgends, nur finden wir die reinweißen Verwitterungen nicht in dickem, großen Format, sondern dünn, als feinen Bezug der Wände vor. An einzelnen Stellen tritt der Tropfstein allerdings auch in langen Zapfenstücken und breiten Wellen auf. In dem Maße allerdings, daß wir von den Schauhöhlen des Massentalks im Lenne-Hönnel-Gebiet gewöhnt sind, treffen wir den Tropfstein im Hülloch nicht an. Wenn man sich fragt, wodurch dies bedingt ist, kommt man zu dem Schluß, daß verschiedene Faktoren hiervon Ursache sind. Es bildet sich nämlich der Tropfstein nicht

sofort dort, wo Kalkstein vorhanden ist, sondern Wasser- vorkommen und dessen Kohlenstoffgehalt, die Trockenheit der Höhlenluft, Luftzug in den Gängen und — das ist wieder bedeutungsvoll — das verschiedene Alter der einzelnen Gänge spielen nebeneinander bedeutungsvolle Rollen. Welche Wichtigkeit jedoch diese Faktoren nebeneinander oder einzeln in Bezug auf die Tropfsteinbildung in Höhlen im allgemeinen und im Hülloch im besonderen haben, läßt sich so leicht nicht feststellen. Ich kann hier nur besonders betonen, daß eine wesentliche Tropfsteinbildung zur Zeit im Hülloch nicht mehr stattfindet, einige schwach beriefelte Stellen ausgenommen. Wohl war das Hülloch niemals eine Tropfsteinhöhle in dem uns geläufigen Sinne; aber es gab und gibt noch heute lange Strecken darin, die mit diesem herrlichen Schmuck der Natur geziert sind. So entdeckten wir bei unseren Kriecharbeiten in langen, schmalen, aber hohen Gängen zahlreiche Tropfsteinbänder, Zapfen und Knöllchenverwitterungen, die von der Decke herabhängen und den von dem Boden ihnen entgegenstrebenden Stalagmiten sich näherten. Ja an einzelnen Stellen war die Verbindung zwischen beiden Gebilden schon vollzogen und boten sich als hohle, hell durchscheinende Säulen dem Blick des Beschauers dar. Durch Eisenoxydvermischungen waren diese Bildungen vom zartesten rosa bis zum dunkelsten rotbraun gefärbt. Leider ist in früheren Jahren, da die Höhle für jeden, oft unbesonnenen Besucher offen stand, durch „Tropfsteinkloppler“ viel von dieser Naturbildung zerstört worden. Die meisten der nur einigermaßen zugänglichen Stellen der Verwitterung weisen die bedauerlichen Spuren eines törichtigen menschlichen Tuns auf. Der Tropfstein ist nämlich so hart, daß er sich selbst durch heftige Hammerschläge nicht ab-, sondern nur ausschlagen läßt. So gelingt es diesen Tropfsteinräubern nie, ein erwünschtes Stück, das an der Wand oder an der Decke ausgeschieden ist, gänzlich zu lösen. Zerbrochen und verstümmelt fällt der Stein vor den Füßen des „Sammlers“ nieder und bleibt liegen, weil das Objekt der Sehnsucht nun als wertlos oder „doch nicht so schön“ erkannt wird. Gerade dieser letzte Punkt ist es, der die ganze Tropfstein-sammellerei als unsinnig erklären läßt; denn Tropfstein wirkt nur dann so herrlich, wenn er in der Höhle, immer noch mit etwas Feuchtigkeit befeuchtet, vom hellen Licht einer Lampe beschienen wird. Gerade dies magische Glitzern im Dunkel des umliegenden Gesteins läßt den Beschauer den Tropfstein so herrlich finden. Hat der Tropfsteinsammler jedoch ein Stück herausgeschlagen, das das Mitnehmende wert ist, so freut er sich höchstens einige Stunden darüber, denn daheim auf dem Bücherstapel oder in der geologischen Sammlung verstaubt das Stück und es ist mit seiner Wirkung vorbei. Dies allein schon sollte jeden denkenden Menschen neben der Achtung vor der Natur davon zurückhalten, diese kunstvollen Bildungen, an denen das Wirken des Wassertropfens so wunderbar sich offenbart, zu zerstören.

(Fortsetzung folgt.)

einer Offenbarung, nach einem höheren Wesen sich sehnt. „Denn das Christentum ist nicht Menschen- sondern Gotteswerk und wird bestehen, so lange der Himmel ist.“ Das alte Lutherlied: „Ein feste Burg“ ist heute mehr denn je zum Gelübde für Christentum und Kirche geworden, zum Gelübde, das sich trotz jenen Mächten entgegenstellt, die dem Volk Gott und Glauben aus dem Herzen reißen wollen. Reformationsfest ist deshalb mehr denn je ein Tag des christlichen Bekenntnisses, ein Tag des Glaubens und sittlichen Wollens. „Und wenn die Welt voll Teufel wär“ — es muß uns doch gelingen.“

Halber

— In der Nacht von Samstag auf Sonntag ist der erste Schnee gefallen, der sehr wässrig war und daher keine Weisse hatte.

— (Zur 76. Lebensjahr vollendet am Freitag, dem 4. November, Witwe Wilhelm Voßmer, Luise geb. Turch, Halber, Lohstraße. Unseren Glückwunsch!

— (Zum Erntedankfest der christlichen Jungschär am Samstag hatten die Jungschär fleißig geworben. Das bewies der vollbesetzte Saal des evangelischen Vereinshauses. Es gab aber auch Freude die Hülle für die Eltern und Freunde der Sache. Kurz nach 8 Uhr wurde mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes „Lob froh den Herrn, ihr jugendlichen Chöre“ begonnen. Walter Köster, Vorsitzender des Evangelischen Männer- und Junglingsvereins Halber, verlas den 146. Psalm, sprach das Eingangsgebet und richtete dann Worte herzlicher Begrüßung an alle Erschienenen. Insbesondere aber hieß er Pfarrer Nüßl und Frau aus Nadebormwald willkommen. Die Jungschärgruppe entbot ihren Gruß mit dem Rufe „Mutig voran!“ Herr Köster ließ in ausführlicher Weise einen Blick in die Jungschärsarbeit tun. Bei allem was man tue und treibe stehe als oberster Grundsatz: die jungen Seelen zu Jesu zu führen. Der Abend solle ein Bindeglied sein zwischen Jungschär, Elternhaus, Schule und Gemeinde. Er schloß mit herzlichem Dank an die Eltern und Lehrer, die ihnen die Kinder anvertrauten. Vom Männerchor gesungen hörte man das Lied: „Keine Kose sah ich mehr, alle sind verblüht.“ Dann kamen die Jungschärler. Sie zeigten sich als Turner in Freiübungen, Pyramiden und Spielen. Schattenbilder mit Gesang und Mundharmonika begleitet, sowie Gespräche am Lagerfeuer, feierten Auge und Ohr der Anwesenden und lösten viel Freude aus. Jungschärler W. Kormann trug ein Gedicht: „Was wir wollen“ vor. Pfarrer Nüßl sprach von dem rechten Führer Jesus Christus. Viele Menschen richteten ihre Blicke in heutiger Notzeit auf die Führer dieser oder jener Bewegung. Sie erhofften von ihnen Hilfe. Ob ihnen die aber wird, sei fraglich. Johannes der Täufer habe schon auf Jesu hingewiesen, als den rechten Führer. Aber nur der kann sein Nachfolger werden, der frei wird von irdischen Dingen; sich löst vom eigenen „Ich“ und frei wird von der Lüge.“ Der Abend sollte eine Kundgebung sein für das himmlische Vaterland. Pfarrer Nüßl schloß mit den Worten: „Er (Jesus) ist es wert, daß man ihn ehrt und sich in seinen Dienst verzehrt.“ Nach dem Herr Köster noch auf die Versammlungen der einzelnen Vereine im evangelischen Vereinshaus und auf die in der Zeit vom 12.—19. Nov. durch Herr Brenscheidt stattfindenden Evangelisations-Vorträge hingewiesen und dazu eingeladen, wurde der Abend mit dem Liede: „Führer meiner Jugend, der mich liebend hält“ beschlossen.

„Blond muß mein Mädel sein“

Singspiel in 3 Akten. Musik von P. J. Dietrich.
Der Dilettantenverein „Hohenzollern“ Halber brachte zu seinem 33. Stiftungsfeste obiges Theaterstück im Saale der Karlshöhe zur Aufführung. Der Verein, der noch von den sommerlichen Freilichtspielen bei allen in bester Erinnerung steht, hatte ein vollbesetztes Haus. Gegenüber früheren Gepflogenheiten, wo bei den Aufführungen nur Klavierbegleitung war, hatte man diesmal die Musikalische Vereinigung (ein Streichorchester 10 Mann) unter der Stabführung von Herrn Jastorf gewonnen. Wir müssen es vorweg sagen, diese herrlich feine Musik gab der ganzen Aufführung einen besonderen Glanz und erhöhte die Wirkung. Ganz besonders wirkte sich dieses bei den Solopartien aus. — Die Handlung versetzte uns in die Zeit des Napoleonischen Feldzuges gegen Rußland 1812 u. 13 zurück. Der erste Akt spielte in der Schenke in Stolzenfels a. Rhein sich ab. Der Wirt, ein kerndeutscher Mann, hat ein blondes Töchterlein mit Namen Liesel, ein in französischen Diensten stehender Spigel Klaus machte der Liesel einen Heiratsantrag, doch diese will einem deutschen Verräter ihr Herz nicht schenken und weist ihn schneidig ab. Peter, ein Berliner, kommt als Wanderbursche ins Gasthaus, er hat kein Geld aber großen Durst. Durch seinen großen Humor gewinnt er schnell die Herzen für sich und man gibt ihm Freiquartier. Käthe, die Dienstmagd, verliebt sich in Peter. Major Werner von Stauff kommt gleichfalls zum Stolzenwirt und bittet um Quartier, wie er die blonde Liesel sieht, ist es um sein Herz geschehen. Der Preußenkönig stand zu der Zeit unter der Verpflichtung mit seinen Truppen im Verein mit dem französischen Heer gegen Rußland zu kämpfen. Auch Major von Stauff mußte mit nach Rußland. Beim Abschied von dem blonden Liesel verspricht er ihr die Treue, den Peter nimmt er als Burschen mit, der ihn schon einmal vor den Korzen gerettet hatte. Der 2. Akt spielt sich in Moskau in einem fürstlichen Schlosse ab. Hier ist es die Tochter des Fürsten Alexej Alexandrowitsch, die den Major von Stauff in ihr Herz geschlossen hat und gerade als er dieser sich ergeben will, spielt sein Bursche Peter die Melodie „Blond muß mein Mädel sein“ und Major von Stauff reißt sich aus den Armen der jungen Fürstin los und beichtet ihr, daß er verlobt sei. Peter mit seinem köstlichen Humor, gibt der ganzen Handlung, trotz des Ernstes, eine würzige Beigabe und wahre Lachstürme setzen des öfteren ein. Als die Russen aus ihren Verstecken kommen und die ganze Stadt in Brand gesetzt haben, deckt die Fürstin Sonja mit ihrem Leib den Major von Stauff vor der tödlichen Kugel ihres Bruders, sie sinkt zu Tode getroffen zu Boden. In ihrer Sterbestunde gesteht sie ihm, daß sie ihn unendlich geliebt habe und gern für ihn sterben wolle. — Der letzte Akt spielt sich wieder in der Heimat in der Schenke von Stolzenfels ab. Nach einjähriger Trennung finden sich die Kämpfer, verlaßt und verdrückt, wieder ein. Peter kommt als erster zu seiner Käthe; mit seinem Humor überwindet er eben alles. Major von Stauff, der inzwischen zum Oberst befördert worden ist, kommt gleichfalls zurück zu seinem blonden Liesel. Die Freude des Wiedersehens ist groß. Doch das Liebesglück ist nur von kurzer Dauer; alsbald ruft der König von Preußen zu den Waffen zur Befreiung des eigenen Landes von den napoleonischen Horden. — Die einzelnen Darsteller fanden sich in ihren Rollen in voller Hingebung zurecht, so daß am Schluß der einzelnen Akte ein brausender Beifall durch den Saal erscholl. Ein jeder Besucher kehrte befriedigt nach Hause, alle waren voll des Lobes über das Erlebte. Dem Dilettantenverein Hohenzollern gebührt Dank und Anerkennung für die gebotenen schönen Stunden der Unterhaltung. — Ein gemütlicher Festball beschloß das 33. Stiftungsfest.

Am vergangen Samstag hatte die Reitabteilung Halber ihre Reiter zur Jagd eingeladen. 14 Reiter waren der Einladung gefolgt und versammelten sich an der Einnepe, wo die dort wohnenden Kameraden einen kleinen Imbiss bereit hielten. Nach dem Kaffee hieß es, Fertig machen, Aufsitzen. Reiterkam. Hebedehl führte an Stelle des erkrankten Vorsitzenden das Jagdfeld. In wundervollem Galopp wurde der Vollerberg und die Höhe bei Schürichhofen erritten, langsamer wurde der Mitt hinab ins Ennepetal. Hier wurde die Kamische der Bauerschaft erreicht. In wechselnder Gangart gingen an den romantisch gelegenen Höhen vorbei bis zur Straße Drederfeld—Halber. Gerade als dort der Fuchs, (W. Lemmert auf Cola) freigegeben wurde, setzte ein sehr starker Regen ein. Lange genug drückte sich der Fuchs zwischen den Reitern hindurch, konnte sich aber schließlich nicht dem beherzten Griff des Reiterkam. Willy Wasserfuhr entziehen. „Jagd vorbei“, „Jagdkönig“ war W. Wasserfuhr. Durchkäst bis auf die Haut, aber mit blühenden Augen stiegen die Jagdteilnehmer aus dem Sattel. In den Räumlichkeiten des Hofes von Zul. Kresting fanden die Pferde wohlverdiente Ruhe und reichliches Futter. Nachdem die Pferde versorgt waren, (einige mußten beschlagen werden) fanden sich die Reiter bei Karl Kresting zusammen. Nach Begrüßung der Jagdteilnehmer und der Freunde der Reiterkache, sprach Reiterkam. Spangenberg kurz über die Bedeutung der Jagd, und überreichte im Namen des Vorsitzenden dem „Jagdkönig“ einen silbernen Bleistift als Erinnerungsgabe und jedem Teilnehmer den üblichen „Bruch“. Seine Worte klangen aus in kräftigem „Horridoh“ für den „Jagdkönig“ und die gesamte deutsche Reiterei. — Besondere Freude war es, mehrere Jagdteilnehmer zu sehen, die das 40. und 50. Lebensjahr überschritten hatten. Es war schon dunkel als die Reiter nach Hause ritten, aber die Jagd war schön. —

— * Breha-Lichtspiele. Heute Montag nachmittag 4 Uhr, Große Jugendvorstellung mit dem Cowboy-Film „Vogelfrei“ und einem wundervollen Beiprogramm. Eintrittspreise 0,25 RM. Heute abend 8 Uhr nochmalige Vorführung des reizenden Lustspiels „Die Privatsekretärin“, ein Meisterwerk des Tonfilms, mit Felix Bressart, Renate Müller und Hermann Thimig in der Hauptrolle. Veräume daher niemand sich dieses wundervollen Filmwerk anzusehen. Ein gut zusammengestelltes Beiprogramm vervollständigt die Vorführung.

Schalksmühle

— Tragischer Unglücksfall. Auf sehr tragische Art und Weise zu Tode gekommen ist der 21jährige Metzgergehilfe Ernst Schmale, der bei dem Metzgermeister Walter Schneider hier selbst in Diensten stand und aus Lünenberg bei Gummersbach stammte. Er hatte am Donnerstagabend mit den übrigen Berufscollegen und noch anderen jungen Leuten an einem Polterabend teilgenommen. Bei dem strömenden Regen und in der Dunkelheit muß er wohl auf dem Nachhausewege vom Wege abgekommen sein und ist in den tiefen Turbinengraben der Fabrik der Firma Otto Rutenbeck gefallen und in diesem ertrunken. Bis Samstagmittag herrschte noch völlige Ungeklärtheit über den Verbleib des Verunglückten. Die Freiwillige Feuerwehr Schalksmühle und viele Schalksmühler Bürger machten sich Samstagnachmittag auf die Suche. Die Leiche des unteren Hälbertales waren bereits ausgelassen worden. Der untere Teil des Hälbertales wurde abgesucht, bis mittels einem schnell erbauten Floß der obengenannte Turbinengraben auch einer Durchsicht unterzogen und hierbei der Tote gefunden wurde. Die Leiche wurde vorerst in die Leichenhalle gebracht. Den Angehörigen, der alte Vater lebt noch, wird allseitige Teilnahme entgegengebracht.

Breckerfeld

— Der erste Schnee. Das kalte regnerische Wetter der letzten Tage ließ die Temperatur in der Nacht von Samstag auf Sonntag bis 0 Grad fallen. Höher gelegene Stellen und ungeschützte Dächer zeigten Sonntag früh den ersten Schnee. In den letzten Tagen konnte man beobachten, daß die letzten Schwärme von Singvögel nach Süden zogen, ein Zeichen, daß der Winter vor der Tür steht.

— Das auf dem Wengeberg veranstaltete Segelfliegen wurde leider durch das regnerische Wetter sehr beeinträchtigt. Einige gelungene Flüge konnten durchgeführt werden. Doch mußte wegen des anhaltenden Regens der Sport vorzeitig abgebrochen werden.

— Die Filmvorführung im Lokale Ww. Klute unter Leitung von Lehrer Goldmann hatte gestern einen 100%igen Erfolg aufzuweisen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Darbietungen, eine wunderbare Wiedergabe von Kriegserlebnissen, erweckten bei allen Zuschauern sehr großes Interesse und lockte auch Heiterkeit hervor.

Kierspe

— Vorbereitung eines Schülerkonzerts. Wie im vergangenen Jahre, so bereitet die hiesige Volksschule auch jetzt wieder ein Schülerkonzert vor. Das Programm wird sich dieses Mal um den deutschen Rhein gruppieren. Volkslieder, die sich auf Leben und Landschaften beziehen, sollen zu Gehör gebracht werden, Städte und Persönlichkeiten, die von allgemeiner Bedeutung wurden, werden uns entgegengetreten. Der Schülerchor und das Schülerorchester sind uns aus früheren Darbietungen bestens bekannt, und man darf überzeugt sein, daß der Eifer der Jugend auch jetzt wieder ein gutes Gelingen des Vorhabens sichert.

— Die Versammlung des Vereins für Geflügelzucht, die am Samstag abend im Hotel Berliner Hof stattfand, erfreute sich eines sehr guten Besuches. Der Vorsitzende, Hauptlehrer Kubbier, teilte eingangs der Besprechung mit, daß am 9. d. M. in Lüdenscheid eine Kreisversammlung stattgefunden habe. In dieser Versammlung seien speziell die Ausstellungsbedingungen für die in Altena bevorstehende Kreisverbandsschau besprochen worden. Jeder Kreisverein habe nach dem gefassten Beschluß den üblichen Ehrenpreis von RM 15.— zu stiften. Im Anschluß konnte der Vorsitzende mitteilen, daß die Ausstellungsbedingungen des Altenaer Vereins inzwischen hier eingegangen seien und wurden dieselben bekannt gegeben. Die Schau findet am 3. u. 4. Dez. bei dem Altenaer Verein im Westfälischen Hof in Altena statt. Das Standgeld beträgt für die Sammelklasse 1/3 3 RM, Groß- und Wassergeflügel 1,50 RM, Hühner 1 RM, Zwerge 0,75 RM, Tauben 0,50 RM. Sämtliche auszustellenden Tiere müssen Bundesringe tragen. Da der Altenaer Verein den Schluß der Anmeldefrist auf den 16. Nov. gesetzt hat, so müssen die Mitglieder des hiesigen Vereins ihre Anmeldung bis zum 10. November

bei dem 2. Vorsitzenden August Vollmann in Kierspe anbringen. Es soll erwogen werden, den Transport mittels Auto vorzunehmen. Im weiteren Teil der Tagesordnung kamen verbilligte Futterbeschaffung sowie züchterische Fragen zur Sprache.

— Seinen 87. Geburtstag begeht am morgigen Dienstag unser Mitbürger Wilhelm Lohmann, Döbermede. Das betagte Geburtstagskind erfreut sich noch einer seltenen geistigen und körperlichen Frische und nimmt an den Zeitgeschessnissen regen Anteil. Er ist noch einer der wenigen Altbeteranen des hiesigen Landwehrvereins. Wir entbieten Herrn Lohmann zu seinem Wiegenfeste unsere herzlichsten Wünsche.

— Ein gefährlicher Fund. In der Schutttabladeffelle bei Wolzenburg ist von Kindern Maschinengewehrmunition gefunden worden. Der gefährliche Fund wurde von der Polizei sicher gestellt.

— Einen verhängnisvollen Sturz tat am Freitag abend ein auswärtiger Herr, der sich in einem hiesigen Hause nach der Wohnung eines Bekannten befragte. Beim Verlassen des Hauses stürzte er in der Dunkelheit die hohe hintere Außentreppe herab und blieb bewußtlos liegen. Der Verunglückte, der allem Anschein nach eine schwere Gehirnerschütterung davon getragen hat, wurde von dem Altdenscheider Krankenauto abgeholt.

Kierspe-Bf.

— Der Bekehrverein Kierspe-Bf. hielt am Samstagabend im Hotel Cramer seine Herbstgeneralversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Otto Menn, eröffnete und leitete dieselbe. Nach Worten der Begrüßung und des Bedauerns über den mäßigen Besuch gab er die Tagesordnung bekannt. Der Schriftführer Kam. Wierbruch verlas das Protokoll der letzten Versammlung, welches in seiner Fassung gutgeheißen wurde. Ueber das zu Gunsten des Ehrenmals stattgefundene Waldfest, an welchem sich auch die übrigen Vereine beteiligten, berichtete der Vorsitzende. Die Einnahmen haben RM 1237 RM und die Unkosten RM 397 betragen, jedoch ein Ueberschuß von RM 840 zu verzeichnen war. Mit diesem Betrage war es möglich, die noch bestehende Restschuld und Zinsen abzudecken. Der Vorsitzende dankte allen Mitwirkenden für ihre Tätigkeit im Dienste der Gefallenen. Ein Antrag, ein ähnliches Waldfest alle 2 Jahre zu veranstalten und mit dem Ueberschuß die Denkmalsanlagen auszubauen, instandzuhalten und die noch fehlenden Namenstafeln anzubringen, soll in nächster Versammlung beraten werden. Da es die Kassenlage erlaubt, soll der Vereinsbeitrag ab 1. 1. 33 von 6 RM auf 4 RM herabgesetzt werden. Man beschloß, am 14. Januar einen gemütlichen Abend im Vereinslokal zu veranstalten. Der Musikverein und der MGV. „Eintracht“ sollen zur Mitwirkung gewonnen werden. Mit der Westmark-Tonfilm-Gesellschaft soll betr. Aufführung eines Militärfilms verhandelt werden. Eine Kommission, bestehend aus den Kameraden Hermann Rodemann, Hermann Klübe und Richard Kämmerer soll gemeinsam mit dem Vorstand die Vorarbeiten durchführen. Als neues Mitglied wurde Ernst Schröder durch den Vorsitzenden das Ehrenkreuz 2. Klasse des Riffhäuserbundes in Anbetracht seiner Verdienste um das Kriegerereinswesen überreicht. Ueber die Musikkosten bei Beerdigungen usw. wurde beraten und gab der anwesende Leiter des Musikvereins bekannt, daß die Kosten den Zeitverhältnissen entsprechend herabgesetzt werden sollen. In Zukunft werden die Musikkosten daher etwa 20% niedriger sein. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß der nächste Kreisverbandstag beim hiesigen Verein stattfindet. Es ist als Ehrenpflicht aller Vereinskameraden anzusehen, dieser Tagung beizuwohnen. Die Wahl eines Vereinsstammbaus wurde besprochen und dazu zwei Kameraden vorgesehn. Nachdem noch verschiedene Vereinsfragen erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem „Hoch“ auf den Herrn Reichspräsidenten geschlossen.

Plattenberg. (Freitod.) Am letzten Donnerstag gegen 18 Uhr vernahm der Friedhofsgärtner auf dem evangel. Friedhof ein Stöhnen und endete kurz darauf einen in der Mitte der 50er Jahre stehenden Mann, der am Grabe seiner 1911 dort bestatteten Frau im Sterben lag. Beim Eintreffen des Arztes und der Sanitätskolonne war der Mann, der aus Lüdenscheid stammt, bereits verstorben. Man neigt zu der Vermutung, daß sich der Mann vergiftet hat, da in der Nähe eine Büchse gefunden wurde, deren Inhalt untersucht wurde.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 28. Oktober.
Der Untergang der „Niobe“ vor dem Kriegsgericht.
Kiel. In der ersten Novemberwoche findet vor dem Gericht der Aufklärungskriegsstrafe in Kiel die Gerichtsverhandlung gegen den Kommandanten des untergegangenen Segelschiffes „Niobe“, Kapitänleutnant Rühfus, statt. Der genaue Termin steht noch nicht fest, da sich der Gerichtsherr, Konteradmiral Kolbe, zur Zeit an Bord der „Königsberg“ auf See befindet.

800 französische Lokomotivführer und Heizer gegen Lohnkürzungen.

Paris. 8000 Lokomotivführer und Heizer hatten sich in der Pariser Arbeitsbörse versammelt, um gegen die von den Gesellschaften beabsichtigten Lohnkürzungen zu protestieren. In den Reden, die von den Führern der Verbände gehalten wurden, kam zum Ausdruck, daß sich die Lokomotivführer und Heizer mit allen Mitteln gegen eine weitere Herabsetzung ihrer Löhne wehren würden.

Kommunisten überfallen einen Nationalsozialisten.
Köln. In Köln-Filtard wurde ein Nationalsozialist von mehreren Kommunisten überfallen und hierbei leicht verletzt. Das Überfallkommando nahm vier an der Tat beteiligte Personen fest. Eine anschließende Durchsuchung der Wohnung der als Täter bezeichneten Personen förderte bei einem Kommunisten einen mit vier Patronen geladenen Karabiner Modell 98, einen Trommelrevolver und ein Dolchmesser zutage.

Neunzehn mexikanische Banditen getötet.

Newport. Wie aus der Stadt Mexiko gemeldet wird, hat sich im mexikanischen Staat Guanajuato verhaftetes Räuberunwesen bemerkbar gemacht. Es ist nunmehr den zur Bekämpfung der Banditen ausgesandten Bundesstruppen gelungen, die größte Bande bei Ocampo zu finden. Im Laufe eines heftigen Feuergefechts wurden neunzehn Banditen getötet und mehrere Soldaten verwundet.

Japanische Bombenflugzeuge zusammengestoßen.
Tschangtschun. Zwei japanische Bombenflugzeuge, die von Tschangtschun nach Wukden flogen, stießen im Nebel zusammen und stürzten ab. Die beiden Flugzeuge wurden vollkommen zertrümmert. Vier Insassen wurden getötet.

189 Kommunisten zu 800 Jahren Gefängnis verurteilt.
Tokio. Wie amtlich gemeldet wird, hat das Tokioter Gericht in dem Massenprozeß gegen 189 Kommunisten insgesamt 800 Jahre Gefängnis verhängt. In der Urteilsbegründung heißt es u. a., die Kommunisten wollten die japanische Armee zerschlagen.

Spiel und Sport.

Handball. 6. Bezirk

Gauklasse:

Halver 1. — Meinerzhagen 1. 1:0

Die schlechten Platzverhältnisse beeinträchtigten das Spiel sehr, immerhin zeigten sich die Gäste von ihrer besten Seite und nötigten die Einheimischen zur ganzen Hergabe ihres Könnens.

Deddinghausen 1. — Oberbrügge 1. 0:0

Brügge 1. Linscheid 1. 3:1

Bezirksklasse:

Ennepe 1. — Branten 1. 5:1

St.-Dahlebrück 1. — Oberbrügge 2. 11:0

Jugend:

Brügge 1. Jgd. — Dahlebrück 1. Jgd. 2:3

Meisterklasse:

Oberhagen — Germania Gilpe 2:3

Mummenohl 1. — Schalksmühle 1. 2:3

Delftern 1. — Jahn Lüd. 1. 3:5

*

—b Am vergangenen Sonntag fanden in Lüdenscheld die weiteren Vorspiele in der Gauklasse A im Handball statt, woran auch die 1. Mannschaft des L.V. Jahn Kierspe-Bhf. teilzunehmen hatte. Als Gegner stand die 2. Mannschaft des L.V. 1861 Lüdenscheld der hiesigen Mannschaft gegenüber. Jahn konnte das

Spiel kampflos gewinnen, da der Gegner nicht antrat. Damit hat die hiesige Mannschaft mit 10 Punkten die Spitze im Gau inne.

Fußball-Länderspiele:

Ungarn—Deutschland 2:1 (1:0).

Das 10. Fußball-Länderspiel zwischen Deutschland und Ungarn in Budapest endete vor rund 20.000 Zuschauern mit einer unentschieden 1:2 (0:1)-Niedertage der deutschen Mannschaft. Sofort vom Anstoß weg entwickelte sich ein rascher Kampf. In der ersten Minute kam Ungarn etwas überraschend durch einen wundervollen Schuß des Amateurs-Linksaußen Deli in 1:0-Führung. Mit 1:0 ging es für die Ungarn in die Pause. Nach Wiederbeginn war unsere Elf wesentlich besser als vorher, so daß zum mindesten ein Unentschieden für sie verdient gewesen wäre. In der 77. Minute konnte der Neuling M. A. L. F. B. u. e. n einen von Lachner gut hereingegebenen Ball einschleßen, der Ausgleich war da. Doch nicht lange währte die Freude, fast vom Anstoß weg konnten die Ungarn zum zweitenmal, und diesmal endgültig, die Führung an sich reißen. Deutschland hatte verloren. Die Zuschauer, unter ihnen auch der neue ungarische Ministerpräsident Gömbös, spendeten nicht nur ihrer eigenen Mannschaft, sondern auch den Deutschen großen Beifall.

Im Berliner Fußball war die bedeutendste Begegnung das Treffen zwischen Viktoria 89 und Tennis-Vorussia, das von Viktoria mit 2:1 gewonnen wurde. Die anderen Ergebnisse: Post SV.—Wedding 3:1, Union-Ob.—Blau-Weiß 3:6, Spandauer BC.—Hertha BSC. 1:3, BSC. 92.—Südflern 4:2, Minerva 93.—Preußen 5:2, Gesellschaftsspiele: Wader-BfB. Pantow 3:1, Spandauer SV.—NWB. 4:0.

In Süddeutschland gab es einige überraschende Fußballresultate. U. a. verlor der Karlsruher FV, der die Tabelle in Baden mit 3 P. Vorsprung anführte, in Freiburg gegen den dortigen FC. mit 1:2. Wormalia-Worms wurde von Mainz 05 mit 2:1 besiegt. Union-Niederrad erzielte gegen Eintracht-Frankfurt ein 1:1.

Mitteldeutschlands Fußball-Sonntag brachte vor allem die zweite Runde um den DFB-Pokal. Thüringen-Weida schlug Georgenthal 13:1, Saxonia-Langermünde schlug SpV. 02-Nöthen mit 11:3. Im übrigen gab es viermal das Resultat 9:2: Germania-Magdeburg—Hertha-Bitterberge, Germania-Bernierode—SV. Aschersleben, Sturm-Chemnitz—Elterlein und VfB. Glauchau—Saxonia-Bernsbach.

Südostdeutschlands Fußballmeisterschaftsspiele waren von zahlreichen Überraschungen durchsetzt. In Breslau verlor SC. 08 mit 1:4 gegen die Sportfreunde. In Niederschlesien unterlag VfB. Liegnitz 2:3 gegen Blüth. In der Niederlausitz gab es fast nur Überraschungen. Die größte: der 7:0-Sieg von Cottbus 98 über Viktoria-Forsit. In der Oberlausitz endlich unterlag SC. Görlitz wider Erwartung 0:3 gegen Buzlau.

Auch Norddeutschland blieb von Fußballüberraschungen nicht verschont. Union-Altona besiegte den HSV. mit 3:2. In Nordhannover kam Viktoria-Wilhelmsburg zu einem 15:0-Sieg über den SC. Helzen. Bemerkenswert ist auch der 2:0-Sieg von VfL. Schwerin über die Lübecker Polizei. In Hannover-Braunschweig war Arminia-Hannover mit 3:0 über Leu-Braunschweig erfolgreich, Algermissen 1911 mit 3:1 über Eintracht-Braunschweig. — In Ostpreußens Fußballmeisterschaft erkämpfte sich Hindenburg-Allenstein durch einen 5:2-Sieg über den Tilfiter SC. die Führung.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Für die überaus vielen Aufmerksamkeiten zu unserer

Goldenen Hochzeit

sagen wir allen Beteiligten unseren innigen Dank.

Vor allem herzlichen Dank den lieben Nachbarn, dann Herrn Pastor Stommel sowie Herrn Lehrer Knoke mit seinen Schulkindern, ferner aber auch dem Frauenverein von Buschhausen wie auch dem M.-G.-V. Buschhausen und allen, die unser in Liebe gedacht haben. Es hat unsern alten Herzen wohlgetan.

Wilhelm Suberg und Frau.

Dörnen b. Halver im Oktober 1932.

In das Handelsregister A ist heute unter Nr. 1014 die Firma Wilhelm Halverscheid, Dahlebrück, Inhaber Fabrikant Wilhelm Halverscheid in Dahlebrück eingetragen worden.

Lüdenscheld, den 25. Oktober 1932.

Das Amtsgericht.

Am Mittwoch, den 2. Novemb., nachmittags 3½ Uhr im Gasthof zur Post, Halver

Wahl-Rundgebung

des Deutschen Landvolkes.

Es spricht:

Landvolksgedordeter Landwirt Gaense.

Suche für sofort ein

gefundes, braves, ev.

Mädchen

mit tadellos. Zeugnissen

aus herfürstlichen

Häusern.

Näheres zu erfragen in

der Geschäftsstelle des

Wg. Anzeigers Halver.

Bestellungen

von

Runkeln und

Thomasmehl

werden entgegen ge-

nommen.

Futtermittel

aller Art sind auf La-

ger vorrätig.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-

genossenschaft Halver.

Empfehle

mich für sämtliche

Haus-

Schlachtungen.

Hermann Wiebusch jr.,

Wiebusch b. Anschlag.

Telef. 589.

Wilh. Ramowsh,

Halver.

Ia. vollfetten

Gouda = Käse

Pfd. 75 Pfg.

Ia. vollfetten

Edamer = Käse

Pfd. 75 Pfg.

empfiehlt

August Bollmerhaus,

Kierspe-Bhf.

Mittwoch früh, den

2. November erhalte

ich